

Paul Michael Lützeler  
Michael Gehler

# Die Europäische Union zwischen Konfusion und Vision

Interdisziplinäre Fragestellungen



Institut für Geschichte der Universität Hildesheim

---

Arbeitskreis Europäische Integration

Historische Forschungen

Veröffentlichungen

13

Paul Michael Lützeler · Michael Gehler (Hrsg.)

DIE EUROPÄISCHE UNION ZWISCHEN  
KONFUSION UND VISION

Interdisziplinäre Fragestellungen

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN

Gefördert durch Mittel des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld,  
der EU Aktion Jean Monnet Erasmus plus,  
der Stiftung Universität Hildesheim und der Washington University in St. Louis

**ZiF** Zentrum für interdisziplinäre Forschung  
Center for Interdisciplinary Research

 **UNIVERSITÄT  
BIELEFELD**

 Finanziert durch das  
Programm Erasmus+  
der Europäischen Union

 Stiftung Universität Hildesheim  
2003



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2022 Böhlau Verlag, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;  
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink,  
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.  
Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien  
Satz: Michael Rauscher, Wien

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-205-21358-1

## Inhalt

Vorwort . . . . . 7

*Michael Gehler · Paul Michael Lützeler*

Zwischen Konfusion und Vision. Einleitung zum Forschungsstand und Buch . . . . . 9

### *I. Kontroverse europäische Wertvorstellungen*

*Silvio Vietta*

Europas Werte und ihre globalen Folgelasten . . . . . 31

*Benjamin Krämer*

Populismus in, gegen und mit Europa . . . . . 49

*Christoph Ehland*

‘The Continent is Isolated’. Das britische Selbstbild im Spiegel seiner  
Europavorstellungen . . . . . 63

### *II. EU-Essayistik der Intellektuellen*

*Paul Michael Lützeler*

Gründerväter im literarischen Europadiskurs. Robert Menasse und Ulrike Guérot . . . 83

*Antje Büssgen*

Die Schriftsteller als Intellektuelle und die EU: das Beispiel Robert Menasse . . . . . 99

### *III. Migration als Herausforderung*

*Florian Lippert*

Kulturelle Selbstreflexion in der europäischen „Flüchtlingskrise“ am Beispiel  
zeitgenössischer Dokumentarfilme . . . . . 117

Inhalt

*Martin Große Hüttmann*

Die EU als Ziel von Migration. Die Politik der Grenzen und die Grenzen der Politik . 135

*IV. Kontinuitäten mit neuen Akzentsetzungen*

*Wolfgang Wessels*

Der Europäische Rat – Analyse und Narrativ einer Schlüsselinstitution der Europäischen Union . . . . . 153

*Michael Gehler*

Vom Schlagwort der „Vereinigten Staaten von Europa“ zur Realität des Europas der vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert . . . . . 161

*Katharina Pabel*

Errungenschaften und aktuelle Herausforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . . 183

*V. Zukunftsfragen europäischer Strategie*

*Dominik Geppert*

Hat der Euro eine Zukunft? Nationale Kehrseiten einer europäischen Weltwährung . 201

*Gabriele Clemens*

Europäisierung von Außenpolitik? . . . . . 217

*Matthias Dembinski*

Die EU als Verteidigungsgemeinschaft . . . . . 233

Verzeichnis der Beiträgerinnen und Beiträger . . . . . 247

Abkürzungsverzeichnis . . . . . 253

Personenregister . . . . . 255

## Vorwort

An der Washington University in St. Louis leitete ich zwei Jahrzehnte lang das von mir begründete European Studies Program. Die Zielsetzung dieses M.A.-Studienganges war, Studierende in der Phase zwischen Bachelor und PhD. mit dem multi- und interdisziplinären Blick vertraut zu machen, den es erfordert, wenn man sich mit dem heutigen Europa allgemein oder mit der Europäischen Union speziell wissenschaftlich beschäftigen will. Parallel dazu veranstaltete ich eine Reihe von fächerübergreifenden Tagungen zur Rolle der Bundesrepublik Deutschland in Europa, zu Europa nach Maastricht (aus amerikanischer wie europäischer Perspektive), zur Reflexion des Kolonialismus in der Gegenwartsliteratur und zur afroamerikanischen Literatur und Musik in London, Paris und Berlin in der Zwischenkriegszeit. Das war auch im Sinne meines Stiftungslehrstuhls (Rosa May Distinguished University Professor in the Humanities). In der Zeit als Direktor dieses European Studies Programs schrieb ich auch mein 1992 publiziertes Buch *Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart*.

1986 folgte ich der Einladung von Jürgen Kocka, mich an dem Jahresprojekt „Bürgertum im 19. Jahrhundert“ am Zentrum für interdisziplinäre Studien (ZiF) der Universität Bielefeld zu beteiligen. Das war ein Unternehmen nach meinem Geschmack, und so blieb ich durch Tagungen und Vorträge, zu denen mich u. a. Jörn Rüsen, Walter Erhart und Wolfgang Braungart einluden, dem ZiF verbunden. Dank Jürgen Kocka verbrachte ich auch ein Semester als Fellow an seinem Berlin Kolleg für vergleichende Geschichte Europas, wo ich an einer Reihe von multidisziplinären Diskussionsrunden teilnahm und mein Buch *Kontinentalisierung: Das Europa der Schriftsteller* (2007) fertigstellen konnte. So freute ich mich im Herbst 2019 über die Anfrage von Britta Padberg, der Wissenschaftsdirektorin am ZiF, ob ich eine interdisziplinäre Tagung zur Europäischen Union in Bielefeld am 26. und 27. Oktober 2020 veranstalten könne. Nach ihrem Wechsel zur Berlin-Brandenburgischen Akademie übernahm Marc Schalenberg als Akademischer Koordinator am ZiF die weitere Organisationsarbeit. Beide konnten mit der Unterstützung der Tagung durch Véronique Zanetti, der Geschäftsführenden Direktorin am ZiF rechnen. Selbst in der Europa-Forschung tätig, eröffnete sie die Tagung mit einer kundigen Einleitung und sicherte die Drucklegung dieses Bandes mit einem anteiligen Zuschuss. Ihnen allen sowie der tüchtigen Marina Hoffmann vom ZiF-Sekretariat sei herzlich gedankt.

Die Gruppe der Referentinnen und Referenten war bald beisammen, wobei darauf geachtet wurde, dass Geistes- und Sozialwissenschaften etwa gleich stark vertreten sein würden und auch juristische Aspekte zu ihrem Recht kämen. Für den Abend am 27. Oktober 2020 hatten wir Friedrich Christian Delius zu einer Lesung (mit nachfolgender Diskussion) aus

Vorwort

seinem Roman *Wenn die Chinesen Rügen kaufen, dann denkt an mich* (2019) gewonnen. Wie die Mehrzahl der Vorträge, war auch diese Lesung wegen der Pandemie über Zoom zugeschaltet. Das hatte den Vorteil, dass sich eine größere Zuhörerschaft dafür fand, als es bei einer regulären Veranstaltung der Fall gewesen wäre. Der Universitätsgesellschaft Bielefeld sei für die finanzielle und organisatorische Hilfe bei der Dichterlesung gedankt. Die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen, die Vorträge hielten, hatte ich bereits bei anderen Europa-Tagungen, -Workshops oder -Diskussionsrunden kennengelernt, sei es in St. Louis, Köln, Groningen, Löwen, Hildesheim, Berlin oder Mainz. Besonders beeindruckt war ich zehn Jahre zuvor von dem Symposium, das Michael Gehler in Zusammenarbeit mit Silvio Vietta an der Stiftung Universität Hildesheim zum Thema „Europa – Europäisierung – Europäistik“ veranstaltet hatte, und dessen Ergebnis als Sammelband *Europa – Europäisierung – Europäistik 2010* im Böhlau Verlag erschien. Wir einigten uns darauf, den ZiF-Sammelband in der von Michael Gehler beim gleichen Verlag 1993 begründeten Reihe „Arbeitskreis Europäische Integration“ zu veröffentlichen. Michael Gehler hat an der Stiftung Universität Hildesheim zum vierten Mal einen Jean-Monnet-Chair inne und leitet dort das Institut für Geschichte mit dem Schwerpunkt Vergleichende europäische Geschichte. Er ist einer der führenden Historiker der Europaforschung und sein Buch *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt* (Erstveröffentlichung 2005, dritte stark erweiterte Fassung 2018) ist ein Standardwerk. Nachdem auch unsere Universitäten mit Druckkostenzuschüssen aushalfen, stand der Publikation der für diesen Band überarbeiteten und erweiterten Vorträge am ZiF nichts mehr im Wege. Das Buch versteht sich als Diskussionsbeitrag zu aktuellen und langfristigen Entwicklungen in der Europäischen Union, an deren Bestand und Erfolg uns gelegen ist. Er ist nicht zuletzt gedacht für Lehrende und Lernende in fächerübergreifenden Europa-Studiengängen. Die Herausgeber danken zuletzt Herrn Frank Binkowski für das Korrekturlesen und die Erstellung des Personenregisters sowie Michael Rauscher vom Verlag für die Finalisierung des Druckwerks.

Paul Michael Lützeler  
Fellow am IFK in Wien  
Frühjahr 2021

Michael Gehler · Paul Michael Lützeler

## Zwischen Konfusion und Vision

### Einleitung zum Forschungsstand und Buch

Die Leistungen der zunächst westeuropäischen, dann gesamteuropäischen Staatengemeinschaft im nunmehr über sieben Jahrzehnte dauernden kontinentalen Friedens- und Integrationsprozess sind erstaunlich. Sie ringen einem Respekt ab vor den Gründungsvätern der Montan-Union und der EWG in der Nachkriegszeit, aber auch vor den nachfolgenden Politikern, Parlamentariern und Kommissionspräsidenten, die in jedem Jahrzehnt vor und nach dem Ende des Kalten Krieges aufgrund ihrer zielgerichteten Politik neue Mitgliedsländer aufnehmen konnten. Die selbstgestellte Aufgabe bestand darin, die Union sowohl zu erweitern wie zu vertiefen, was nicht zeitgleich gelang, sondern vorentscheidenden oder nachvollziehenden Prozessen unterlag. Diese Bemühungen sind inzwischen an ihre Grenzen gestoßen, wie Krisen finanz-, migrations-, sicherheits-, währungs- und wirtschaftspolitischer, aber auch kultureller sowie rechtsstaatlicher und vertragsgemeinschaftlicher Art zeigen. Man denke, was die EU-Innenpolitik betrifft, an die Banken- und Finanzmarktkrise (2008–2012), die seit 2015 anhaltende „Flüchtlingskrise“, aber auch an die Arbeitslosigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Hinwendung zu autoritären Regierungspraktiken in Ländern Mittel- und Osteuropas, an die Ausländerfeindlichkeit und den Fremdenhass, Migrationsgegnerschaft, Organisationsprobleme und Verteilungskämpfe bei der Überwindung der Pandemie sowie die Infragestellung von Menschenrechtspositionen. Was Außenpolitisches bzw. die Nachbarschaftspolitik betrifft, verwandelte sich Großbritannien vom verspäteten Mitglied zum fremdgewordenen Partner, und bei einigen EU-Staaten tauchten Zweifel an der Bündnisverlässlichkeit im Rahmen der NATO auf. Der Eindruck von Ratlosigkeit und Konfusion beherrscht die Szene.

Unser interdisziplinäres Symposium am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) in Bielefeld vom 26. bis 27. Oktober 2020 fragte gezielt und punktuell nach den Gründen von Konfusion und Krisen sowie nach Entwicklungen und Visionen, die die Integration befördern können. Die derzeitige Fachdiskussion in den Geistes-, Kultur-, Rechts- und Sozialwissenschaften steht im Zeichen einer grundlegenden Krise der Europäischen Union. Entsprechend kommt die Vokabel „Krise“ nicht selten in Titeln oder Untertiteln einschlägiger Buchveröffentlichungen vor. Wir wählten daher bewusst nicht diesen inflationär verwendeten Begriff, sondern stattdessen Konfusion und Vision. In der rezenten Europa-Diskussion spielen viele Publikationen aus jüngerer und jüngster Zeit eine Rolle, von denen einige angeführt und charakterisiert seien:

Michael Gehler · Paul Michael Lützeler

Der niederländische Historiker, politische Philosoph, Ratgeber und Redenschreiber von Ex-EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, Luuk van Middelaar, ist in seinem 2013 erschienenen Werk *The Passage to Europe. How a continent became a Union* (die deutsche Ausgabe erschien 2016 unter dem Titel *Vom Kontinent zur Union – Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa*) nicht einer teleologischen Deutung der Geschichte von Europas Einigung verfallen. Er zeigt vielmehr, dass die Struktur der EU nicht unbedingt Resultat einer historischen Entwicklung war, die zwangsläufig von einer überschaubaren Gruppe interagierender Staatsmänner vor dem Hintergrund zweier für Europa desaströser Weltkriege gestaltet wurde. Er unterscheidet drei Diskursphären: eine äußere, die alle Staaten Europas umfasse, eine innere des Gemeinschaftsraums und eine zwischen Mitgliedstaaten und der EU. Ihre Repräsentanten seien die eigentlichen Gestalter der EU und es liege an ihnen, der Öffentlichkeit zu erklären, welche Orientierung die europäische Integration nehmen und welches Ziel die EU verfolgen solle, um weitere Konfusion zu vermeiden. Middelaar erkennt drei Öffentlichkeitsstrategien, um aus den Menschen Unionsbürgerinnen und -bürger zu machen: eine deutsche (Weggefährten im gemeinsamen Schicksal zu gewinnen: „Creating Companions in Destiny“), eine römische (Versorgung des eigenen Kundenstammes: „Securing Clients“) und eine athenisch-griechische (regelmäßige Bewertung politischer Akteure, die im Namen des Demos Entscheidungen treffen: „Seducing the Chorus“).

Der Grazer Europaforscher und Kulturhistoriker Peter Pichler hat mit seinen Studien zu *Leben und Tod in der Europäischen Union* (2014) und *EUropa. Was die Europäische Union ist, was sie nicht ist und was sie einmal werden könnte* (2016) auf der historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Ebene unkonventionelle kulturwissenschaftliche Zugänge eröffnet. Er gibt ausgehend von der europäischen Komplexitätskrise Antworten auf historische Fragen, die der EU zu stellen seien. Für ein breiteres Publikum gedacht wird essayistisch der Forschungsstand zur Kulturgeschichte der Union skizziert. Pichler sieht in ihr eine Kulturgemeinschaft in Politik, Recht und Wirtschaft, insbesondere hinsichtlich Konsensfindungen bei Grenzziehungs- und Wertedebatten. Für Pichler steht die EU auch im Zeichen einer sich entwickelnden EUropa-Identität.

Der Berliner Politikwissenschaftler Helmut Wagner bietet in *Unser Europa: Die Konstruktion und Zukunft der Europäischen Union. Ein Unikat* (2016) eine Neuinterpretation der EU. Trotz ihrer Unfertigkeit und der Vielzahl ihrer Akteure prophezeit er der Staatenunion ein langes Leben. Das liege an ihrer Originalität und spezifischen Stärke und habe mit der Begrenzung imperialer Attitüden und der Vermeidung außenpolitischer Abenteuer zu tun. Bezeichnend sei ferner der Erhalt einer staatlichen Vielfalt, deren Erfahrungsreichtum zur internationalen Friedienstiftung und globalen Sicherheit beitragen. Sich auf Konfrontationen mit Moskau einzulassen, bedeute das Ende europäischer Selbstbestimmung, weil parallel dazu die Abhängigkeit des Kontinents von den USA zunehme. Dieser Gedanke Wagners ist sonst kaum in der Europaforschung anzutreffen.

Der Publizist Thomas Schmid argumentierte in seinem Plädoyer *Europa ist tot, es lebe Europa! Eine Weltmacht muss sich neu erfinden* (2016), dass die EU wie aus früheren

## Zwischen Konfusion und Vision

Krisen gestärkt und erneuert hervorgehen werde. Ein integrationspolitisches Übel sieht er in der unentwegten Forderung nach „Mehr Europa!“ und „Weiter so!“-Phrasen oder in Ausrufen wie „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“ (Angela Merkel). Unkluge Antworten auf die jüngeren Krisenerscheinungen geben nach Schmid nicht nur die „fanatischen Berufseuropäer“, sondern auch die „Aufbruchsoptimisten“. Zu den „Berufseuropäern“ zählt Schmid Autoren wie Brendan Simms und Benjamin Zeeb, die den großen Willensakt „Vereinigte Staaten von Europa“ als Durchhaltedevise verkünden. Man denke an ihren Traktat *Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa* (2016). Das ist nach Schmid keine realistische Perspektive, sondern eine überholte, pathetische Parole. Auch den Sprüchen der „Aufbruchsdramatiker“, die eine „Epiphanie Europas“ (Ulrike Guérot) fordern, kann er nicht viel abgewinnen. Schmid sieht zwei Auswege aus dem Dilemma zwischen Konfusion und Vision: den politische Willen zur Fehlerkorrektur und zum Umbau des bestehenden Unionsgefüges. Dazu gehören für ihn der temporäre Rückzug aus der Eurozone für einzelne Mitglieder sowie eine flexible und liberale Interpretation der Verträge. Dabei plädiert er für die weichere Form der Assoziierung statt für eine eherne Mitgliedschaft. Gemeinschaftshandeln sollte vor allem in Bereichen der Asyl-, Grenzsicherungs-, Umwelt- und Verteidigungspolitik erfolgen. Existentiell für die Zukunft der EU werde die Befriedung und Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens sein.

Ulrike Guérot lehrt Politikwissenschaften an der Donau-Universität Krems. Sie ist die entschiedene Verfechterin einer umstürzenden Einigungspolitik, was ihrem Pamphlet *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde* (2017) zu entnehmen ist. Sie meint einen „Krieg gegen den inneren, unsichtbaren Feind des europäischen Geistes“ wahrnehmen zu können. Es sei ein Krieg zwischen Europa-Anhängern und EU-Gegnern sowie ein transnationaler Verteilungs- und Kulturkampf im Gange. Die Schlachten, die geschlagen würden, könnten weder von den Einzelnationen noch von der EU als Gemeinschaftsinstitution gewonnen werden. Verlierer in diesem Krieg sei die europäische liberale Demokratie. Als Allheilmittel bietet die Autorin in ihrem flammenden Appell die Gründung einer europäischen Republik an. Wie diese aber realisiert werden soll, bleibt die Frage. Guérot räumt ein, dass ein ökonomischer Treiber der europäischen Demokratie fehle und von der diffusen politischen Mitte keine Initiativen zu erwarten seien. „Pulse of Europe“ könne zwar als „Sonntagsdemonstration“ ein Nukleus für einen „europäischen Vormärz“ sein, doch sitze der größte Teil des europäischen „Volkes“ noch auf dem Biedermeiersofa. Ihre Vorschläge (Bürgerunion durch Wahlrechtsgleichheit, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Transferunion) laufen auf das Ende der nationalen Strukturen in den EU-Mitgliedstaaten als Nationen hinaus. In ihrem Wunsch, „die europäischen Nationalstaaten zu einer wirklichen politischen Einheit [zu] verschmelzen“, macht Guérot die Rechnung bewusst ohne die Nationen. Sie sind jedoch weiterhin für Europas Bevölkerungen stärker identitätsstiftend als eine fiktive europäische Republik in einer so imaginären wie ungewissen Zukunft.

Aleida Assmanns *Der Europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte* (2018) ist eine geisteswissenschaftliche Studie, die an die Notwendigkeit der europäischen Einheit ge-

mahnt. Sie erinnert an vier Lektionen aus der Geschichte des Kontinents: An die Sicherung von Frieden, von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, von historischer Wahrheit und von der Unverhandelbarkeit der Menschenrechte. Die Konstanzer Literaturwissenschaftlerin fragt sich, was die EU noch zusammenhält und ob für sie ein Leitbild existiert. In Parallele zum ‚amerikanischen Traum‘ greift sie das Stichwort des Publizisten Jeremy Rifkin vom ‚europäischen Traum‘ auf und leitet aus der Geschichte vier Erkenntnisse ab, die für das offene Projekt Europa konstitutiv waren und geblieben sind: Die *erste Lehre* („Wie aus Erzfeinden kooperierende Nachbarn werden“) kann als eine der Sternstunden der Geschichte Europas bezeichnet werden. Erwachsen sei diese politische Entscheidung aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege. Nach 1945 hätten die Siegermächte nicht wie 1919 mit Rache und Vergeltung gegen die Verlierer reagiert. Diesmal habe sich die Einsicht durchgesetzt, dass es um die gemeinsame Existenz und Überlebensfähigkeit gegangen sei. Die *zweite Lehre* („Die [Wieder-]Herstellung von Rechtsstaatlichkeit oder der Umbau von Diktaturen in Demokratien“) sollte ein weiterer Baustein der neuen europäischen Identität werden, der signalhaft eine globale Wirkung entfalten könnte. Die *dritte Lehre* („Historische Wahrheit und der Aufbau einer deutschen Erinnerungskultur“) ist in erster Linie auf Deutschland bezogen, hat aber auch eine europäische Dimension. Ergänzen ließe sich hier, dass diese Erinnerungskultur für die Gründergeneration der Gemeinschaften speziell wie auch für die Deutschen allgemein weit weniger im Vordergrund stand, als man rückblickend anzunehmen geneigt ist. Die deutsche Politik musste noch lange mit sich ringen, das nationalsozialistische Verbrechen des Holocaust in vollem Maße als historisches Faktum anzuerkennen, zu verurteilen und die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Lange Zeit stand das Nicht-Thematisieren und Verschweigen im Vordergrund und von einer europäischen „Erinnerungskultur“ war in dem Jahrzehnt vor und nach den Römischen Verträgen (1957) nur ansatzweise bei wenigen Vertretern des transnationalen Europa-Diskurses die Rede. Die Intensität der Beschäftigung mit den Verbrechen der NS-Zeit nahm nach den Frankfurter Auschwitz-Prozessen in den frühen 1960er Jahren zu und verstärkte sich während der Zeit der Studentenbewegung und durch den öffentlichkeitswirksamen TV-Film „Holocaust“. Vollends durchgesetzt hat sich der deutsche Diskurs über den Holocaust erst nach dem Ende des Kalten Krieges im wiedervereinigten Land. Die von Aleida Assmann benannte *vierte Lehre* („Die Wiederentdeckung der Menschenrechte“) ist mit der zweiten eng verbunden. Was die frühe Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates von 1950 betrifft, ist der Autorin zuzustimmen. Allerdings war die EU-Grundrechtecharta (im Jahre 2000 zwar feierlich verkündet, rechtsverbindlich aber erst ab 2009 wirksam) ein verspätetes Ergebnis historischer Elementarerlebnisse. Die weitere Entwicklung des gemeinschaftlich orientierten Europas kann als gesichert gelten, wenn diese gemeinsamen Fundamentalerfahrungen leitend bleiben. Assmann sieht daher in den Zäsuren 1945, 1989 und 2015 Marksteine auf dem Weg zur europäischen Selbstfindung: Kriegsende und Neubeginn, friedliche Revolution und das Ende des Kalten Krieges, globale Migrationskrise und europäische Zuwanderungspolitik. Ihr Buch ist daher auch „den Trägern und Stützen der Willkommenskultur“ gewidmet. Diese Kultur verzeichnete allerdings

## Zwischen Konfusion und Vision

sinkende Akzeptanzwerte infolge der Asylpolitik in Deutschland wie in Europa allgemein. Dennoch kann man Assmanns Plädoyer, aus der Geschichte Europas zu lernen, nur unterstützen.

Mit Lehren aus der Geschichte hatte der schon 2014 publizierte Band des belgischen Alt-historikers David Engels *Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik. Historische Parallelen* zu tun. Die Untertitel des Buches ließen die pessimistische Sicht wie die Kühnheit der Thesen des Autors erkennen. Das Buch ist als Warnung vor einem kommenden cäsaristischen Imperialismus in Europa zu verstehen. Nach Engels, dessen Buch schon Jahre vor der Corona-Krise entstanden ist, steht die europäische Demokratie am Abgrund. Als Experte für die Geschichte des Imperium Romanum ist die Situation der EU für ihn vergleichbar mit dem Untergang der späten Römischen Republik. Aussagen von Philosophen und Schriftstellern der Antike stellt er statistische Zerfallsdaten zur Lage der Union gegenüber und stellt dabei bemerkenswerte Ähnlichkeiten und Gleichheiten fest. Das Ende des Weströmischen Reiches im Jahre 476 n. Chr. entspricht vermeintlich spiegelbildlich der Lage der EU von heute, denn was in beiden Fällen vorherrsche seien: Bürokratie, Technokratie, demographischer Rückgang im Inneren, Immigrationsdruck von außen, ein Trend zum ideologischen Fundamentalismus bei schleichenden Wertverlusten trotz permanenter Wertebetonung, Vertrauensverluste hinsichtlich der Handhabbarkeit von Krisen und der Steuerungsfähigkeit des politischen Systems sowie Verlust von Demokratie und Freiheit. Engels hat beim Blick auf die EU das Scheitern des römischen Reiches als Horrorszenarium vor Augen, wobei sich fragt, ob es einen neuen Augustus der EU nach den historischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert überhaupt geben kann. In seinen geistreichen Ausführungen orientiert sich der Autor an dem vermeintlichen Untergangspropheten Oswald Spengler (dessen allgemein häufig zitiertes aber kaum wirklich gelesenes Werk handelte eigentlich vom Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht) und versucht, dessen Annahmen zu bestätigen. Gleichzeitig macht Engels indirekt deutlich, wo der Hebel anzusetzen wäre, um die Katastrophe noch zu vermeiden: Er empfiehlt die Freilegung der Wurzeln der europäischen Identität und die Rückbesinnung auf die kulturelle Tradition Europas, die der gegenwärtigen Tendenz des Gleichmachens und Vereinheitlichens entgegenstehe.

Vergleichbar problematisch sah der Historiker und Politologe Hans-Peter Schwarz die Situation Europas aufgrund der rapiden Zunahme von Flüchtlingszahlen im Jahre 2015. Sein Buch *Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten* erschien 2017, im Jahr seines Todes. Er riet zu einer restriktiveren Zuwanderung, d. h. zu einer Einschränkung des Asylrechts. Die Eskalation der „Flüchtlingskrise“ im Spätsommer 2015 in Mitteleuropa hatte weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass Migration ein kontinentales Problem war, gleichwohl es längst schon globale Dimensionen besaß. Man konnte es nicht länger auf ein italienisches oder griechisches Debakel reduzieren und machte ein gemeinsames Agieren erforderlich, was sich aber als äußerst schwierig erwies. Seither ist die Frage der Ausgestaltung eines eu-

ropäischen Flüchtlingsrechts auf der Agenda der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. Seitdem muss auch von einer West-Ost-Trennlinie gesprochen werden, wenn auch weder im Westen noch im Osten je einheitliche Pläne des weiteren Vorgehens entwickelt wurden. Der ehemalige Bonner Historiker und Politikwissenschaftler hat diese Zerreißprobe in der EU erkannt und analysiert. Die Krise hatte mit den Schreckensbildern von der Mittelmeerinsel Lampedusa eine lange Vorgeschichte. Schwarz legte den Finger in die Wunde der ungenügenden Gemeinschaftspolitik. Im Schengen-Abkommen und im EU-Asylrecht wies er Konstruktionsfehler nach und machte sie für die Verschärfung der Krise verantwortlich. Er kam auch auf das orientierungslose politische Agieren und Improvisieren der verantwortlichen Politiker zu sprechen und erkannte darin die sich verstärkenden Erosionstendenzen der EU. Schwarz begriff die Ereignisse von 2015 als weltpolitischen Vorgang mit weitreichenden Konsequenzen für die Legitimation von Politik überhaupt. Ob der historische Begriff der „Völkerwanderung“ zum besseren Verständnis hilfreich war, bleibt kontrovers. Sein Buch kann eher als zeitgeschichtliches Dokument eines erschütterten Konservativen begriffen werden und weniger als klassische geschichtswissenschaftliche Darstellung.

Der von Frank Decker und Jürgen Rüttgers 2017 herausgegebene sozialwissenschaftliche Sammelband *Europas Ende, Europas Anfang. Neue Perspektiven für die Europäische Union* konzentriert sich auf Aspekte von Krisen (Brexit, Euro, Migrationsströme). Fast alle Beiträgerinnen und Beiträger möchten die Zukunftsfähigkeit der EU gesichert sehen. Die Suche nach Sicherungswegen gelingt, wobei kritische Reflexionen nicht ausbleiben: Als in Maastricht 1991 aus der EG die EU wurde, waren die Europäer nicht ausreichend darauf vorbereitet. Das bescherte 1992 in Frankreich nur ein äußerst knappes positives Votum. Mit dem „Verfassungsvertrag“ von 2005 ging es wieder um mehr Europa, worauf jetzt die Ablehnung in Frankreich deutlich ausfiel. Die Eingrenzung des ständigen Zugewinns an Kompetenzen der EU konnte durch das Subsidiaritätsprinzip nicht erreicht werden, weil es als Entscheidungsmaßstab nicht eingehalten worden sei. Die Einwanderungsfrage berge anhaltenden integrationspolitischen Sprengstoff. Die EU benötige mehr politische Handlungskraft nach außen und mehr pragmatisches Selbstverständnis im Inneren, um dem populistischen Aufstand zu begegnen. Dazu müssten aber auch klare Zielvorstellungen der EU entwickelt werden. Ob das ‚undemokratische‘ Brüssel ‚Hüter der Demokratie‘ in Europa sein könne, erscheint fraglich. Während das Trio EuGH-Kommission-EZB für das bonum commune Europas Verantwortung trage, spiele die Wählerlegitimation nach wie vor nur eine Nebenrolle. So entstehe ein Typus von EU-Politik, bei dem Entscheidungen größtenteils außerhalb demokratischer Formen getroffen würden. Diese EU müsse domestiziert werden, bevor man von ihr domestiziert werde. Ausführlich behandelt wird auch die mögliche Entwicklung des Euro. Statt für wachstumsschwache Mitglieder den Ausstieg aus dem Euro zu forcieren, sei es besser, ein monetäres Regime anzupeilen, das eine stabilisierende Koppelung zwischen dem Euro und den ihm nicht angehörenden Währungen vorsehe. Das sollte auf Basis eines Wechselkursmechanismus geschehen, wie er 1999 beim Übergang des 1979 geschaffenen Systems zur Währungsunion entwickelt worden sei. Im Außenverbund wäre dies ein gro-

## Zwischen Konfusion und Vision

ßer „Euroblock“ mit international „floatenden“ Währungen. Das sei die bessere Lösung, weil sie einen Euro schaffe, der gegen innere Unsicherheiten gefeit sowie aufgrund seiner Größe strategisch handlungs- und währungspolitisch machtvoller sei. Der Band von Decker und Rüttgers verdeutlicht, dass es viele Chancen für einen Neuanfang der EU gibt und kein automatischer Rückfall in ein Europa der Nationalstaaten mit überholten Souveränitätsvorstellungen drohen muss.

Alarmierend findet der Wirtschaftswissenschaftler Paul J. J. Welfens das Ausscheiden der Briten in seinem Buch von 2018: *BREXIT aus Versehen. Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU*. Er stellt beim Austritt des United Kingdom aus der EU fatale Fehler auf beiden Seiten fest. Um ein weiteres Desaster zu verhindern, müsse man in der EU gewillt sein, einen Reformkurs auf eine neue Europäische Union hin zu steuern. Welfens analysiert das sehr knapp ausgefallene und in seinen Folgen für Großbritannien wie für die EU weitreichende Referendum. Es war in England und Wales positiv ausgefallen, d. h. für den Austritt, hingegen in Nordirland und Schottland negativ, also für den Verbleib. Welfens beschreibt hier ein Jahrhundertereignis, das zu einer Schwächung der EU und zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent führte. Ob die EU dadurch an Attraktivität verliert, bleibt abzuwarten. Anträge auf Beitritt und Mitgliedschaft haben nicht abgenommen, obwohl die Kommission in punkto Erweiterung, einmal abgesehen vom „Westbalkan“, nun stärker auf die Bremse steigt. Es ist Welfens Überzeugung, dass nach dem amerikanischen Jahrhundert ein asiatisches folgen dürfte (digital und innovationsstark), dem die EU nur bedingt gewachsen sei. Das Ergebnis des britischen Volksentscheids sieht Welfens als Resultat einer vor Irrtümern und Fehlern strotzenden Informationskampagne der Regierung Cameron. Das Negativ-Referendum sei auch darauf zurückzuführen, dass der britische Premierminister die Einkommensverluste als Folgewirkung des EU-Austritts nicht thematisiert habe. Nach Welfens verursacht der Brexit jedoch nicht den Untergang der EU. Die Integration sei fortführungsfähig, wenn eine Neo-EU besser aufgebaut würde.

Der Politologe Thomas Roithner konzentriert sich in seiner Publikation *Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs* (2018) auf den Aspekt der militärischen Verteidigung der EU und fordert eine neue Strategie für Europa. Der österreichische Friedensforscher, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler befasst sich im Rahmen des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung mit der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei umreißt der von ihm herausgegebene Band einschneidende Veränderungen der europäischen Militärpolitik, die durch die terroristischen Attacken des 11. September 2001 vorangetrieben worden seien. Ausgegangen wird von der im Bundesverfassungsgesetz von 1955 festgeschriebenen „immerwährenden Neutralität“ seines Herkunftslandes. Es bleibt zu diskutieren, wie sich hier die EU verorten kann und zu fragen, ob Neutralität in ihren umkämpften Nachbarschaftsregionen als außenpolitischer Status ein konfliktlösendes Modell sein kann. Man denke an die Ukraine oder an das 1991 von der UdSSR unabhängig gewordene Turkmenistan, das sich 1995 für eine permanente Neutralität entschieden und sie verfassungsmäßig verankert hat. Das Urteil der Autoren in diesem Band

ist geprägt von Skepsis angesichts einer aus ihrer Sicht zunehmenden Militarisierung der EU, die aber angesichts des Afghanistan-Debakels realistischer werden muss..

In der aktualisierten und stark erweiterten Monografie von Michael Gehler *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt* (2018) geht es um die historischen Hintergründe, Ursprünge und Zusammenhänge zwischen den über Jahrhunderte hin entwickelten Europa-Visionen zum einen und um die seit 1949 bzw. 1952 geschaffenen europäischen Institutionen zum anderen. Die Europa-Pläne bewegten sich stets im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wobei in Zeiten der Desorientierung, Krisen, Konfusion und Ungewissheiten immer Lösungen durch neue Einrichtungen und weiterführende Organe gefunden werden konnten. Das Buch zeigt, dass es ein wiederkehrendes Zusammenwirken von entwickelten Ideen und geschaffenen Institutionen gab, die verschiedene Formen der Europäisierungen nach sich zogen und so die Integration Westeuropas (1947/48–1991) und letztlich die noch fortgeführte weitgehende ökonomische und politische Vereinigung des Kontinents (1989/91–2004/07) ermöglichten. Trotz medialer und wissenschaftlicher Unkenrufe angesichts jüngster Herausforderungen und Krisen konnte wiederholt der Zusammenhalt der Union der Mitgliedstaaten mit ihren divergierenden Interessen aufgrund neuer Ideen, Institutionen und Visionen gewahrt bleiben.

Der Basler Historiker Georg Kreis plädiert mit *Gerechtigkeit für Europa. Eine Kritik der EU-Kritik* (2018) für eine faire Betrachtungsweise des europäischen Integrationsgeschehens. Er fragt, ob die Kritik an der EU sachlich berechtigt sei oder der Unmut über sie einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen entspringe. Vielleicht werde nach einer negativen Projektionsfläche gesucht, die man glaubt, in „Brüssel“ gefunden zu haben. Manches ließe sich an der EU begründet kritisieren, wie die Bürokratie, das Demokratiedefizit, die Konstruktionsschwäche des Euro oder die mangelnde Solidarität in der Flüchtlingspolitik. Kreis bleibt dabei aber nicht stehen. Der Schweizer Historiker vergegenwärtigt die geschichtlichen Dimensionen der Integrationsgeschichte und zeigt, wie sich das Institutionengefüge der EU von heute mit seinen Verantwortungsbereichen entwickelt hat. Die Darstellung verbindet die einzelnen Stationen der europäischen Einigungsgeschichte mit den geschichts-, sozial-, kultur- und rechtswissenschaftlichen Debatten, die in den vergangenen Dezennien in Sachen europaweiter Politikverdrossenheit geführt worden sind.

Die Arbeit des Münchner Zeithistorikers Kiran Klaus Patel *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte* (2018) weist darauf hin, dass die Entwicklung der europäischen Integration von der Montan-Union bis zur EU der Lissabon-Verträge ständig von großen Krisen begleitet gewesen ist. Europa sei aus diesen Umbrüchen immer gestärkt hervorgegangen, und davon könne man auch nach dem Brexit ausgehen. Der EU-Krisenmodus in Permanenz ist für Patel in Betrachtung des gesamthistorischen Entwicklungsverlaufs nichts Neues. Seine kritische Geschichte der europäischen Integration, ausgehend vom Kalten Krieg bis zu dessen Überwindung in Europa, zeigt trotz aller Konfusion und jenseits von abgeho-benen Visionen, dass inzwischen ein hoher Integrationsgrad erreicht worden ist und daher

## Zwischen Konfusion und Vision

der Zustand der Union heute gelassener betrachtet werden kann. Ihre Selbstdarstellung hat an Strahlkraft nicht eingebüßt, sondern im Gegenteil noch gewonnen: Friedenssicherung, Wirtschaftswachstum und Werteorientierung stünden für ein weiter zusammenwachsendes Europa. Die Vorgängergemeinschaften sind laut Patel nicht einfach aus sich heraus erwachsen und zwangsläufig entstanden. Entgegen einem linearen Deutungsnarrativ macht Patel klar, dass eine Überzeichnung der Eigendarstellung der Union das Empfinden von gefühlten Krisen noch verstärken könne, zumal etwas für einzigartig und singulär gehalten werden könne, was eigentlich immer schon dagewesen sei. Krisenzeiten waren in der Regel Jahre des weiteren Aufbaus, von denen das gemeinschaftlich organisierte Europa im Sinne von Jean Monnet („Krisen sind die großen Einiger“) letztlich profitiert habe.

Vergleichbar optimistisch gibt sich auch der Wiener Neuzeit-Historiker Wolfgang Schmale in seinem Buch *Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft* (2018). Auch er ist von der Zukunftsfähigkeit der EU überzeugt. Vor lauter Herausforderungen komme die EU nicht mehr zur Ruhe, was sie wohl auch nicht vorhabe. Es gebe keine Wahl zwischen fortgesetztem Streit und anhaltendem Stillstand, zwischen Europa-Aktion und Europa-Müdigkeit in Zeiten von Banken- und Finanzkrise, des Brexit, des Populismus und der Corona-Pandemie. Schmale geht der Frage nach, woher all die Schwierigkeiten rühren und er stellt zur Diskussion, ob es Europa wirklich so schlecht gehe oder anders gewendet, ob es gar nicht so schlecht um den Kontinent bestellt sei. Seine Versiertheit als Historiker und sein überzeugtes Europäertum legen nahe, dass beim Blick auf die kulturellen Wurzeln der europäischen Identität das Verhältnis zwischen der Idee der Nation und dem Europa-Gedanken in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen sei. Damit macht er auch deutlich, wie die EU einen guten Weg in die Zukunft beschreiten kann.

Klaus Weber und Henning Ottmann fragen in ihrem Gemeinschaftswerk *Reshaping the European Union* (2018) hingegen kritisch, ob die üblichen Vorstellungen von einer immer enger werdenden Union noch einen Sinn ergeben würden. Die Autoren drängen auf eine umfassende Reform der EU, die für ihre Überlebensfähigkeit unabdingbar sei. Ihre Anregungen setzen an tatsächlichen oder vermeintlichen Mängeln der EU an. An zukünftigen Vertragsänderungen müssten man ihrer Ansicht nach Bürgerschaften und nationalstaatliche Repräsentanten mehr teilhaben lassen und sie nicht erst am Ende eines Entscheidungsprozesses vor die Ja-oder-Nein-Alternative stellen. Der Europäische Rat sollte in seiner Führungsrolle gestärkt und der Rat der EU in seiner Bedeutung geschwächt werden. Im Lichte der Erfahrungen der Euro-Krise betonen Ottmann und Weber die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für ihre Finanzen und die Notwendigkeit von Strukturreformen ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme. Bei aller Konsequenz der prononciert integrationskritischen Analyse mit einer deutlichen Präferenz für die Nationalstaaten erscheint fraglich, ob eine solche primär an den Interessen der Mitglieder orientierte EU die ihr von den Autoren zugeordneten Hauptziele erreichen kann: nämlich den Ausgleich des immer geringer werdenden Einflusses kleinerer und mittlerer Länder im globalen Kontext, den Erhalt des Friedens sowie die Sicherung des Wohlstands im Sinne westlicher Zivilisation.

Ganz anders gelagert sind die Forderungen der politischen Essayistin Ulrike Guérot in ihrem Buch *Was ist die Nation?* (2019). Sie hat inzwischen nach der Idee von der „europäischen Republik“ jene von der „Nation Europa“ entdeckt. So fragt sie nach dem Prinzip Nationalstaat für ein viel intensiver zu vereinigendes Europa als es die EU anstrebe. Ihr Text ist der Versuch, die Begriffe von „Nation“ und „Europa“ in einen gemeinsamen Sinnzusammenhang zu stellen. Guérot tendiert zur Ansicht, dass die europäische Integration bereits die Nationsbildung im Sinne einer europäischen Gesellschaft befördert habe und so erscheine die europäische Nation bereits am Horizont. Nur als vereinte und souveräne Nation sei die EU in der Lage, die Vielzahl der Krisen zu bewältigen und sich im Machtgefüge der Supermächte zu behaupten. Guérot ist aber skeptisch im Hinblick auf die Akzeptanz dieser Forderung durch die EU. Diese Skepsis ist begründet. Bismarck hat einmal so sarkastisch wie scharfsinnig formuliert: „Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangen, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“ Damit war nationale Interessenpolitik mit all ihren Egoismen und Engführungen gemeint. Daher scheint für Europa weniger der Begriff der Nation, der zu Eurozentrismus führen kann, sondern mehr der der Solidar- bzw. Verantwortungsgemeinschaft geeignet.

Verwiesen sei auch auf die 2019 erschienene Studie von Jan Zielonka mit dem Titel *Konterrevolution. Der Rückzug des liberalen Europa*. Der in Oxford lehrende polnische Politikwissenschaftler argumentiert zutreffend, dass in zahlreichen europäischen Ländern rechtsgerichtete Tendenzen unverkennbar sind, die sich stärker werdend in den 1990er und 2000er Jahren artikulierten. Unter Verwendung einer marxistischen Formel sieht er die so bezeichnete „Konterrevolution“ im Gange. Zu überlegen ist, ob dieser Begriff ausreicht, um das Aufbegehren von bürgerrechtsorientierten und nationalistisch ausgerichteten Parteien hinreichend zu erfassen. Zuzustimmen wäre Zielonka, dass die allgemeine Aufbruchstimmung und die Euphorie von 1989 verflogen sind. Nach dem Abbau des Eisernen Vorhangs sind um das überstaatlich organisierte Europa noch höhere Grenzzäune errichtet worden. Im Zeichen der Euro- und Migrationskrise sieht Zielonka die EU vor einem Scherbenhaufen stehen. Einen zentralen Grund sieht er in der einseitigen Ausrichtung der europäischen Politiker auf einen Marktradikalismus im Zeichen eines entfesselten Neoliberalismus, der die Ideale der liberalen Demokratie zurückgestellt, wenn nicht verraten habe. Zielonka plädiert für eine offene europäische Gesellschaft und eine Neuerfindung des gemeinschaftlich organisierten Europas. Das Buch ist als Brief an seinen Lehrer, den 2009 verstorbenen Ralf Dahrendorf, konzipiert. In einem unumschränkt herrschenden Marktliberalismus, der seit dem Ende des Systemkonflikts von 1989 beschworen und umgesetzt worden sei, sieht Zielonka einen gravierenden Mangel der Politik der Liberalen. Dagegen wird der auch seinerzeit von Dahrendorf mitgetragene Sozialliberalismus der 1970er Jahre empfohlen, der den Wohlfahrtsstaat im Zeichen des sozialdemokratischen Jahrzehnts gefestigt habe. Zielonka versteht den Begriff des Populisten zur Charakterisierung von Demagogen als zu ungenau. Ob dafür der Terminus „Konterrevolutionär“ besser geeignet ist, bleibt fraglich. Zielonkas

## Zwischen Konfusion und Vision

Befunde tragen zur Klärung bei, doch müssen die Lösungswege für die von ihm aufgezeigten Probleme noch genauer erörtert werden.

Hannes Hofbauer hat sich mit *Europa. Ein Nachruf* (2020) zu Wort gemeldet. Folgt man seiner Analyse, hat sich das ursprünglich als Friedensprojekt für den europäischen Kontinent gegründete Unternehmen stark verändert. Am Anfang hätten Gemeinschaftssinn, Reisen ohne Kontrollen und abgestimmte einheitliche Regelungen im Vordergrund der Integration gestanden, doch habe sich die EU nach 1989 immer stärker als ein Machtzentrum mit geopolitischen Ambitionen entpuppt. Der Niedergang äußere sich in Arbeitslosigkeit, Brexit, „Flüchtlingskrise“ und Überschuldung zu Lasten zukünftiger Generationen. Der Glanz Europas sei verblasst, wenn man alte Maßstäbe anlege wie soziale Gerechtigkeit, Frieden an den inneren Konfliktlinien und äußeren Grenzen oder fairen Handel. Der Umgang mit Griechenland in der Eurokrise durch eine rigide Austeritätspolitik ist für den antiimperialistischen und neomarxistischen Wiener Sozial- und Wirtschaftshistoriker ein Beweis für die erwähnten Trends. Das einstige Friedensprojekt der EU sieht Hofbauer durch Brüssel missbraucht. In einer tour d’horizon der Europa-Ideen vom Hochmittelalter bis in die Gegenwart erfährt der Leser, dass nur wenige Konzeptionen im Kern wirklich altruistisch-friedlich, d. h. für ein sozial-utopisches Miteinander und nicht politisch instrumentalisiert einem anderen Zweck dienstbar gewesen seien. Hofbauer liefert ein Entlarvungsbuch, das den Kaiser ohne Kleider zeigt und die Selbstdarstellung von Brüssel als ideologische Begleiterscheinung ökonomischer Protektion brandmarkt: Die EU benötige für ihre Geschäfte weiter einen supranationalen Raum und einen entsprechenden militärischen Flankenschutz durch die NATO, um im ‚Drang nach Osten‘ eine neoliberal-hegemoniale Agenda zu verfolgen.

Der Duisburg-Essener Historiker Wilfried Loth hat dagegen in seiner umsichtigen, 2020 aktualisierten Neuauflage *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte* die grundlegende Veränderung der EU im turbulenten Jahrzehnt von 2010 bis 2020 beleuchtet (Griechenland-Krise, Flüchtlingsproblem, Populismus, Brexit, Pandemie). Loth unterstreicht den ergebnisoffenen Ausgang der weiteren Entwicklung, jenseits von Irreversibilitätsbeschwörung und Teleologie-Gläubigkeit, d. h. der angeblichen Unumkehrbarkeit und des steten Fortschreitens der europäischen Integration.

In seiner 2020 vorgelegten Veröffentlichung *Identität und Weltfähigkeit. Sichtweisen aus einem unruhigen Europa* hat der Bonner Historiker und Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt seine Beobachtungen und Erkenntnisse gebündelt. Er erhellt die Zusammenhänge zwischen Fragen der europäischen Identität und jenen globalen Transformationen, die für das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bezeichnend sind. Er sieht die Europäische Union mit der Aufgabe konfrontiert, außenpolitisch stärker aktiv, d. h. weltpolitikfähig zu werden, um geostrategisch interkontinental mitzureden zu können. *Weltfähigkeit* und *Weltpolitikfähigkeit* sind Begriffe, die Kühnhardt geprägt hat. Sie wurden von der deutschen und europäischen Politik gerne (ohne Verweis auf den Urheber) aufgegriffen und verwendet, so von Alexander Graf Lambsdorff oder Jean-Claude Juncker.

In welchen Politikbereichen müsste die *Europäische Union als Verantwortungsgemeinschaft* agieren? Diesen Fragen geht ein 2020 herausgegebenes Sammelwerk von Michael Gehler, Alexander Merkl und Kai Schinke nach. Im Spannungsfeld von europäischem Selbstanspruch und globaler Realität bieten einzelne Beiträge aus der Perspektive des ethischen Begriffs der Verantwortung sowohl grundlegende Analysen als auch Überlegungen zu konkreten Einzelthemen wie Migration, Sicherheit und Verteidigung oder Wirtschaft und Handel.

Der Aachener Politikwissenschaftler Winfried Böttcher erkennt in *Europa 2020. Von der Krise zur Utopie* (2020) den notwendigen Bedarf an neuen Visionen für die Zukunft der EU. Das Jahrzehnt von 2010 bis 2020 begreift der ausgewiesene Enzyklopädist von *Klassikern des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte* (2014) sowie von *Europas vergessene Visionären. Rückbesinnung in Zeiten akuter Krisen* (2019) im Rückblick als Krise humaner Fortschrittlichkeit. An sechs Ereignissen demonstriert er diese These mit Blick auf das europäische Verhalten in der „Flüchtlingskrise“, dem Ukraine-Konflikt, dem Brexit, der Natur als Politikum, dem Virus des Nationalismus und der Corona-Pandemie, also an Szenarien, die auch im kommenden Jahrzehnt die politische Agenda der EU bestimmen werden. Die EU habe in ihrer derzeitigen Verfassung keine Zukunft, so Böttcher, und eine Neugründung sei das Gebot der Stunde.

Christiane Liermann Traniello, Matteo Scotto und Julian Stefenelli sehen in ihrem Band *Vereinigte Staaten von Europa: Wunschbild, Alptraum, Utopie?* (2020) den Zeitpunkt gekommen, um kritisch nachzufragen, ob das amerikanische Modell (noch) eine Möglichkeit für die europäischen Staaten biete. Der Band stellt sich aus historischer wie politikwissenschaftlicher Sicht der Debatte über die Umsetzung des Vorbilds der USA für das gemeinschaftliche Europa. Ist das Thema noch diskutierbar, oder rührt man damit an einen „destruktiven Mythos“?

Die an der Universität Innsbruck tätigen Andrea Brait, Stefan Ehrenpreis und Stella Lange gehen in ihrem interdisziplinär angelegten Sammelwerk den im Buchtitel genannten *Europakonzeptionen* (2020) nach und erweitern damit die Perspektiven europawissenschaftlicher Forschung. Die Beiträge bewegen sich an den Schnittstellen von Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften und verdeutlichen, dass Europäisierung als Prozess einer permanenten Öffnung und nicht bloß als Produkt nationaler Konzeptionalisierungen verstanden werden kann. Es gelingt ihnen dabei, die Wurzeln und Elemente europäischer Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Europa von seinen Abweichungen, Verschiedenheiten und Unterschieden her zu denken, kann dabei hilfreich sein, um den Erfolg bzw. den Wirkungsgrad von Europäisierungen realistisch einzuschätzen.

In ihrem Band über *Ambivalenzen der Europäisierung* liefern Timm Beichelt, Clara Madalena Frysztacka, Claudia Weber und Susann Worschech *Beiträge zur Neukonzeptionalisierung der Geschichte und Gegenwart Europas* (2021). Letztere ist für alle Welt sichtbar voll von Antagonismen und Konfrontationen sowie fern von Bewältigung und Lösung. Im Jahre 2012 war der Europäischen Union noch der Friedensnobelpreis verliehen worden.

## Zwischen Konfusion und Vision

Nach der gerade einmal überstandenen Banken- und Finanzmarktproblematik häuften sich aber weitere Herausforderungen zu einem komplexen Dauerkrisenzustand an. Die EU geriet an die Grenzen ihrer Fähigkeiten, überzeugende Antworten auf den globalen Klimawandel zu geben, die weltweite Migrationsfrage zu bewältigen oder angemessen und fair mit der Last der europäischen Kolonialgeschichte umzugehen, die eine Ausbeutungs- und Gewaltgeschichte gewesen ist. Die Beiträgerinnen und Beiträger demonstrieren in diesem Band exemplarisch, dass diese Krisen und Konflikte nicht als unbeabsichtigte Begleiterscheinungen einer ansonsten im besten Sinne erachteten Europäisierung zu verstehen sind, sondern ganz gegensätzlich als jene Zwiespältigkeiten, erwachsen aus Kolonialismus und Imperialismus, und in der vermeintlich modern anmutenden Form der Europäisierung implantiert sind. Die anhaltenden Konflikte, schwelenden Probleme und fortwährenden Widersprüche, die quasi außereuropäisch-externalisiert und in die Randzonen der EU verdrängt worden sind, kehren nun wieder und melden sich zurück, indem sie sich in den Metropolen und Zentren Europas manifestieren. Die von Beichelt, Frysztacka, Weber und Worschech präsentierten Analysen blenden diese Zwiespältigkeiten nicht aus, sondern beziehen sie in die Erscheinungen von Europäisierung mit ein, in der sie angelegt und in der Praxis der Gegenwart als fester Bestandteil integriert sind. Die von Europa bis 1914/18 geprägte hegemoniale Weltordnung, ausgehend von Aufklärung und Moderne mit allen ihren Schattenseiten und Ungleichheiten, wirkt bis heute nach.

Inzwischen liegen auch erste Analysen und Zwischenbilanzen darüber vor, wie die EU im ersten Jahr mit der Covid19-Pandemie umgegangen ist, was aus einem Beitrag in dem von Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler herausgegebenen Band zum Thema *Corona und die Welt von gestern* (2021) hervorgeht. Die EU reagierte verspätet auf Corona. Erst ab Mitte Februar 2020 registrierte Brüssel das verheerende Thema in seiner gesamten Tragweite und begann im Laufe des März zu überlegen, was zu tun sei. Man war nicht vorbereitet und entsprechend keine Folgenabschätzung vorhanden. Die Mitgliedstaaten beschlossen vorerst eigenmächtig, unabgestimmt und unabhängig im Alleingang vorzugehen. Es drohte durch Grenzschließungen ein Zusammenbruch des Binnenmarktes. Die Kommission hinkte mahnend mit Anregungen, Empfehlungen und Gesetzesinitiativen hinterher. Im Verbund der Europäischen Investitionsbank (EIB), des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der EZB, der Kommission und den Mitgliedstaaten erfolgten erste Maßnahmen gegen das Virus. Ein Wiederaufbau-Paket für Europa wurde mit 750 Milliarden € geschnürt, bestehend aus etwas mehr Krediten als Zuschüssen, und mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verknüpft. Staats- und Regierungsspitzen sowie die Führungsspitzen der EU einigten sich am 21. Juli 2020 auf ein umfassendes Paket von insgesamt etwas mehr als 1,8 Billionen Euro für außerordentliche Aufbaumaßnahmen, die unter dem Motto „Next Generation EU“ nach entsprechenden Vorgaben zur Innovationsförderung und Modernisierung der betroffenen Staaten verteilt werden sollen. Es waren noch nie dagewesene Hilfsmaßnahmen, wobei erstmals eine Verschuldung der EU in Kauf genommen wurde. Die EU konzentrierte sich in Folge zu sehr auf die Entwicklung von Impfstoffen und vernachlässigte dabei die Frage der

Massenproduktion. Bei der Beschaffung unterschätzte man zudem Probleme bei der Bestellung und die naturgemäß einzukalkulierenden Verzögerungen bei der Verteilung. Aufklärung war weitgehend unterblieben oder erfolgte zu spät. Die gemeinsame Impfstoffbeschaffung rechtfertigend, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Anspielung auf die unterschiedlichen Herangehensweisen der Nationalstaaten und die daraus folgende Unbeweglichkeit der EU, dass sie ein großer Tanker und kein Schnellboot sei. Die mangelnde Krisenreaktionsfähigkeit lag auch am Dilemma der Institutionenstruktur in Brüssel, dem Nebeneinander und Ringen von Rat und Kommission um Einfluss und Kompetenzen, ein Verhältnis, das die Mitgliedstaaten so geschaffen haben und so auch geschehen lassen. Das komplexe Beziehungsgeflecht von geteilten und nicht-geteilten Zuständigkeiten zwischen mitgliedstaatlicher Souveränität und gemeinschaftlicher Supranationalität stellte sich durch die mehr oder weniger erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie wieder aufs Neue.

In all den genannten Werken werden Befunde, Beobachtungen und Bewertungen hinsichtlich Geschichte und Politik der EU festgehalten und Tendenzen der Diffusion, Konfusion und Vision herausgearbeitet, ohne diese immer explizit zu benennen. Dabei wird zum einen multi- oder interdisziplinär vorgegangen oder aber primär die Terminologie der jeweiligen Fächer genutzt, die von den Autorinnen und Autoren vertreten werden. Die fächerübergreifenden Arbeiten gaben ein Vorbild ab für diesen Sammelband, aber gleichzeitig kommen auch disziplinäre Ansätze zum Zuge.

Wir trafen uns zu einer multidisziplinären Diskussion über die Krisen Europas im ZiF der Universität Bielefeld, und diese Gespräche wirkten sich auf die Studien aus, die wir nun hiermit vorlegen. Die Idee unseres Sammelbandes bestand darin, die genannten Fächer durch Europa-Fachleute vertreten zu sehen, ihnen jedoch durch den fächerübergreifenden Kontakt eine komplexere Sicht der Krisen-Konstellationen zu ermöglichen. Anders als in einigen der erwähnten Studien soll hier nicht der Versuch gemacht werden, die Schwächen der EU aus einem Punkt heraus zu erklären. Es werden Problemstellungen erörtert, wobei einseitig negative, quasi apokalyptische Untergangsszenarien wie auch allzu optimistische, gleichsam utopische Zukunftsentwürfe vermieden werden. Es geht direkt um konkret erfassbare und vermeidbare Fehlentwicklungen und Konfusionen und indirekt um antizipatorisch-visionäre Szenarien, nicht jedoch um Heilsbotschaften. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes sparen nicht mit Negativdiagnosen, stellen aber gleichzeitig auch unterstützungsfähige Entwicklungen heraus.

Die Expertinnen und Experten, die hier zu Wort kommen, unterrichten an deutschen, belgischen, österreichischen und niederländischen Universitäten. Die eine Hälfte forscht in geistes-, die andere in sozialwissenschaftlich-juristischen Fächern. In der ersten Gruppe geht es um europäische Grundwerte und um Identitätsfragen auf der kontinentalen wie auf der nationalen Ebene. Ein besonderes Augenmerk gilt den essayistischen Beiträgen von Schriftstellern und Intellektuellen zum aktuellen Europadiskurs bzw. zur Kritik an Tendenzen innerhalb der Europäischen Union. Das Flüchtlingsthema wird zum einen aus dem Blickwinkel kritischer Film- und Fernsehreportagen, zum anderen aus der Perspektive der

## Zwischen Konfusion und Vision

Politologie beleuchtet. Juristische Untersuchungen gelten den neuen Herausforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention wie auch dem Problembereich der Mehrsprachigkeit bei rechtlichen Vereinbarungen. Der oft gescholtene Europäische Rat wird in seiner geschichtlichen Entwicklung und zunehmenden Macht gezeigt, ein weiterer Beitrag diskutiert die alte Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ und wagt eine Prognose für die Zukunft. Um diese geht es auch in den letzten drei Beiträgen: Finanzpolitische und wirtschaftswissenschaftliche Ansätze kommen im Beitrag zum Euro als transnationaler Währung zum Zuge, und beim Blick auf den außenpolitischen Ehrgeiz der EU zeigt die historische Untersuchung, dass im Sinne einer gemeinschaftlichen bzw. vergemeinschafteten Außenpolitik, ausgehend von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und ihrer Nachfolger, noch viel zu tun bleibt. Vergleichbar sieht es auch in der gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU aus, zu der der abschließende Beitrag als Analyse eines Militärexperten vorgelegt wird.

Hier seien die 14 Aufsätze in ihrer Abfolge kurz vorgestellt:

Nach Silvio Vietta ist Europa eine Werte- aber auch Schuldgemeinschaft, wobei er drei zusammenwirkende Werte-Familien unterscheidet: die Rationalitätskultur, die jüdisch-christliche Religion und den nationalen Patriotismus. Insbesondere die Rationalitätskultur mit der Erfindung von Wissenschaft, Philosophie, aber auch Demokratie, Freiheit, Individualität und Rechtssicherheit hat genuin europäische Werte erzeugt, das Christentum vor allem eine karitative Ethik. Seine wissenschaftlich-(kriegs-)technische Überlegenheit hat den Kontinent auch zu einer globalen Hegemonialmacht werden lassen: Rom in der Antike mit Hilfe von Kriegsmaschinen sowie in der Neuzeit die kolonisierenden Länder Europas mit Feuerwaffen und Organisationstechnologien. Dabei wurden die indigenen Völker und Kulturen marginalisiert und zum Teil ausgerottet, ein Schuldkapitel, das im postkolonialen Diskurs vergegenwärtigt wird. Im Kolonialismus der Neuzeit formierte sich die heutige Weltgesellschaft durch die modernen, technischen Kommunikationstechnologien. Hauptakteur dieser Weltgeschichte sei nicht der angeblich ‚alte weiße Mann‘, der nur für oberflächliche Betrachtungen aufscheint, sondern ein dahinter liegendes Kultursystem, nämlich jenes der Rationalitätskultur, die Ethnien, Nationen und Völker anderer Hautfarbe und Kontinente entweder praktizierten oder übernahmen und auf ihre Weise umsetzten.

Der Populismus, so zeigt Benjamin Krämer, gilt heute als eine der größten Herausforderungen für die europäische Integration. Der Beitrag konzentriert sich auf den Rechtspopulismus, der als ethnischer Nationalismus und ideologisch-politischer Rechtskonservatismus beschrieben wird. Er zeigt, welche Verständnisse von Europa diese Ideologie impliziert, wie der Kontinent aus rechtspopulistischer Sicht nach außen abgegrenzt wird, vor allem vom „muslimischen“ und „afrikanischen“ Nicht-Europa, und welche inneren Grenzziehungen vorgenommen werden, die einerseits zwischen Ost- und West- sowie andererseits zwischen Nord- und Südeuropa erfolgen. Abschließend wird auf den antipopulistischen Diskurs eingegangen, der das Ziel hat, Europa gegen den Populismus zu verteidigen. Dabei wird

deutlich, dass dieser Diskurs allerdings selbst zur Konfusion beitragen kann, wenn dem Populismus eine nicht demokratisch fundierte, sondern bloß technokratische, vermeintlich unideologische Politik gegenübergestellt wird.

Christoph Ehland diskutiert den EU-Austritt der Briten aus kulturgeschichtlicher Perspektive. Der Brexit hat sich in einem quälenden Prozess der Verhandlungen und Neujustierungen über vier Jahre hingezogen und die Europäische Union in eine Debatte über ihre Grundausrichtung verwickelt, in der Konfusion und Vision eng beieinanderlagen. Die britische Position schien dabei oft von kurzfristiger innenpolitischer populistischer Agitation abhängig. Eine genauere mentalitätsgeschichtliche Analyse zeigt jedoch, wie sehr die vorgebrachten Argumente für den Brexit in den tieferen Schichtungen angestammter nationaler Grundvorstellungen verwurzelt sind, die über Jahrhunderte eine geradezu mythologische Aufladung erfahren haben. Neben dem Postulat von der historisch bedingten Sonder- bzw. Außenstellung Großbritanniens gegenüber Europa, ist es vor allem der Mythos der Inselnation als Schicksalsgemeinschaft, der vielen Briten eine Zukunft außerhalb des engeren Bezugsrahmens der europäischen Nachkriegsordnung verheißungsvoll erscheinen ließ.

Im gegenwärtigen Europadiskurs der Intellektuellen spielt, so sieht es Paul Michael Lützeler, die Berufung auf Gründungsväter eine Rolle. Robert Menasse sorgte für einige Konfusion, als er wiederholt unberechtigterweise behauptete, Jean Monnet und Walter Hallstein hätten mit ihren Föderationsplänen die Nationalstaaten abzuschaffen versucht. Menasses Idee, die Nationen innerhalb der EU aufzulösen und die Regionen mit der Macht auszustatten, das vereinte Europa zu bauen, dürfte – als nicht praktikabel – kaum Zuspruch finden. Die meisten Gründungsväter hielten – jedenfalls auf nationaler Ebene – viel von sozialer Marktwirtschaft.

Ulrike Guérot (unter Berufung auf Marcel Mauss) und Oskar Negt (in Abgrenzung von Jürgen Habermas) entwickeln Visionen von einer menschenrechtlich inspirierten Sozialordnung im vereinten Kontinent. Voraussetzung dafür wäre nach Guérot die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, eine Forderung, die auch Aleida Assmann stellt.

Der Aufsatz von Antje Büssgen widmet sich von den beiden titelgebenden Begriffen ausgehend stärker dem der „Vision“. Am Beispiel des kontrovers diskutierten österreichischen Schriftstellers Robert Menasse fragt sie nach dem Beitrag der Autoren als Intellektuelle zur gegenwärtigen Debatte über die europäische Integration. Dabei geht sie von der Beobachtung aus, dass sich Schriftsteller heute als öffentliche Personen selten systematisch und wiederholt, etwa in Reden und Essays, mit diesem politischen Großprojekt der Spätmoderne befassen. Dieses Schweigen der Intellektuellen steht im eklatanten Gegensatz zur reichen und langen Tradition des deutschsprachigen Europaessays. Menasse bildet in dieser Hinsicht seit dem Krisenjahr 2010 eine Ausnahme. Er hat sich seither in diesen literarisch-philosophischen Diskurs auf vielfältige Weise eingeschrieben und dabei in der Darstellung der europäischen Integration geschichtsphilosophische Erzählstrategien aktualisiert.

Florian Lipperts Essay fokussiert zunächst auf den Widerstreit zweier Konzepte von Kultur im Kontext filmischer Erfassung der „Flüchtlingskrise“: Der Vorstellung statischer

## Zwischen Konfusion und Vision

kultureller *Ordnung* und derjenigen eines dynamischen, veränderlichen kulturellen „*Selbstbewusstseins*“ (Zygmunt Bauman). Hinsichtlich entsprechender Formen kultureller Produktion führt Lippert die Unterscheidung zwischen kultureller *Selbstreferenz* (statisch) und *Selbstreflexion* (dynamisch) ein. Als Beispiele für die letztere Kategorie diskutiert der Beitrag sodann zeitgenössische Dokumentar- und Essayfilme, die einerseits die Perspektiven von Geflüchteten und Migranten integrieren und andererseits deren mediale Präsentation im europäischen Krisenkontext hinterfragen. Somit thematisieren die Filme Europas territoriale und gesellschaftliche Grenzziehungen und überschreiten dabei ihrerseits verschiedentlich Grenzen – zwischen filmischer Beobachtung und *countersurveillance* („Gegenüberwachung“) sowie auch zwischen Dokumentation und politischem Aktivismus.

Die Frage, wie mit dem Thema Zuwanderung allgemein und dem Problem Flüchtlingszustrom speziell umgegangen werden soll, geht – so hält Martin Große Hüttmann fest – alle EU-Staaten etwas an, nicht nur Griechenland, Italien oder Spanien. Weil es im Kreis der Mitgliedstaaten aber (noch) keinen Konsens über den angemessenen Umgang mit diesen Herausforderungen gibt, bietet das Thema reichlich Stoff für Streit, und es hat beträchtlich zur Konfusion in der Politik der Europäischen Union beigetragen. Die seit 2015 gestiegenen Zahlen von Menschen, die vor Bürgerkrieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit in Richtung Europa geflohen sind, haben die europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik auf eine harte Probe gestellt. Der Umgang der EU mit der „Flüchtlingskrise“ hat dabei tiefer liegende Probleme und Konflikte sichtbar werden lassen. Die Krise hat grundsätzliche Fragen über eine Politik der Grenzen und die Grenzen einer gesamteuropäischen Politik aufgeworfen.

Wolfgang Wessels erinnert in seiner Studie über den Europäischen Rat daran, dass das Wirken dieser Säule im Institutionengefüge der Europäischen Union kontrovers diskutiert werde: Integrationspolitische Erzählungen sehen dieses Gremium als Hüter der nationalen Souveränität, der einen föderalen Ausbau der Union verhindere oder in legitimer Weise nationale Rechte wahre. Wie eine Analyse der Fälle jedoch dokumentiert, wirkt der Europäische Rat als Motor eines schrittweisen Ausbaus der Union, bei dem nationale und europäische Kompetenzen in einer vertikalen Fusion zusammengelegt und in einer horizontalen Fusion Verantwortlichkeiten zwischen den EU-Institutionen geteilt werden. Dieses Entscheidungszentrum ist der Schlüssel für eine spezifische Analyse der fundamentalen Entwicklungen der Union. Zur Fragestellung „Fusion“ oder „Konfusion“ ist festzuhalten: Für den notwendigen Konsens sucht der Europäische Rat Kompromisse, die die Komplexität und damit die Konfusion erhöhen.

War der Slogan von den „Vereinigten Staaten von Europa“, so fragt Michael Gehler, als Abwandlung oder Übernahme des US-amerikanischen Modells gedacht? Im 19. Jh. diente er als Vorbild für ein neues und verjüngtes Europa. Als politischer Kampfbegriff ging er Hand in Hand mit einer europäischen Befreiungsideologie für unterdrückte Nationen, wobei Hoffnung auf Unterstützung durch die USA bestand. Anhänger und Verfechter von „Vereinigten Staaten von Europa“ waren politische Außenseiter, Exilanten und Oppositionelle. Selbst ein prominenter Fürsprecher wie Winston Churchill vermochte daran nur wenig zu